

## Politik kompakt

## NAHER OSTEN

## Israelische Armee schießt syrischen Kampfjet ab

Israel hat einen syrischen Kampfjet abgeschossen, der zwei Kilometer in seinen Luftraum eingedrungen war. Die israelische Armee feuerte am Dienstag nach eigenen Angaben zwei Abwehrakten auf das Flugzeug des Typs Suchoi. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte erklärte, einer der beiden Piloten sei ums Leben gekommen. Das Schicksal des zweiten sei unklar. Nach ihm werde weiter gesucht. Eine offizielle Bestätigung dafür gab es zunächst nicht. Zuvor gab es vermehrt Kämpfe im Süden Syriens. Daran sind auch syrische Kampfjets beteiligt. Israels Armee befindet sich in erhöhter Alarmbereitschaft. Truppen des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad gehen gegen einen Ableger der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) vor, der das Jarmuk-Tal an der Grenze kontrolliert. (dpa)

## TÜRKEI

## Erdoğan wirft Israel Faschismus vor

Nach der Verabschiedung des umstrittenen Nationalstaatsgesetzes in Israel hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan dem Land in einer scharfen Attacke „Faschismus“ vorgeworfen. „Diese Maßnahmen lassen keinen Zweifel, dass Israel der zionistischste, faschistischste und rassistischste Staat der Welt ist“, sagte Erdoğan am Dienstag. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu konterte umgehend, die Türkei entwickle sich „zu einer dunklen Diktatur“. Erdoğan sagte vor den Abgeordneten seiner AKP, es gebe seiner Ansicht nach „keine Unterscheidung zwischen Hitlers Obsession mit der arischen Rasse und Israels Vorstellung, dass dieses alte Land allein den Juden gehört“. (afp)



Erdoğan attackierte Israel. Foto: dpa

## FRANKREICH

## Macron äußert sich in Affäre um Sicherheitsmitarbeiter

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat sich in der Affäre um einen seiner Sicherheitsmitarbeiter erstmals geäußert. „Der Verantwortliche, der einzige Verantwortliche, das bin ich und ich allein“, sagte Macron Abgeordneten zufolge am Dienstagabend bei einem Treffen mit Parlamentariern seiner Partei – nachdem er lange zu der Affäre geschwiegen hatte. Sein früherer Mitarbeiter Benalla soll bei einem Polizeieinsatz in Paris am 1. Mai gegen einen Demonstranten gewalttätig vorgegangen sein. Dabei soll er einen Polizeihelm und eine Polizeiarmbinde getragen haben, obwohl er nicht als Ordnungshüter im Einsatz gewesen war. Die Vorfälle wurden erst im Juli durch Medienberichte bekannt und haben Beobachtern zufolge die größte Krise der Amtszeit von Macron ausgelöst. Die Opposition vermutet einen Vertuschungskandal. (afp)

## SPANIEN

## 500 Migranten an einem Tag aus Meer geborgen

Spanische Rettungskräfte haben an nur einem Tag fast 500 Menschen aus dem Mittelmeer geborgen. 484 Migranten seien in der Meerenge von Gibraltar und dem Alborán-Meer zwischen Spanien und Marokko gerettet worden, teilte der staatliche Seerettungsdienst am Dienstag mit. Die Menschen hätten auf 30 Booten versucht, die spanische Küste zu erreichen. Seit Anfang des Jahres kamen laut der Internationalen Organisation für Migration der UNO (IOM) bereits 18.653 Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Spanien. Sie stammten demnach aus Afrika südlich der Sahara sowie aus Marokko. 294 Menschen seien in diesem Jahr bereits auf dem Weg nach Spanien im Mittelmeer ertrunken. (afp)

## Hat Syrien eine Zukunft?

**Analyse** Nach über sieben Jahren Krieg steht Assads Armee mit Unterstützung der russischen Luftwaffe vor einem Sieg gegen die Rebellen. Wie das Land jetzt stabilisiert werden könnte

VON SIMON KAMINSKI

**Augsburg** Die Zeichen sind eindeutig: Die Streitkräfte des syrischen Machthabers Baschar al-Assad und mit ihm verbündete Truppen schicken sich an, die Rebellen vernichtend zu schlagen. Seit Monaten feiern sie – unterstützt von russischen Bombern – einen Sieg nach dem anderen. So wurden die Rebellen unter anderem aus Homs, Aleppo oder der Peripherie der Hauptstadt Damaskus vertrieben. In den letzten Tagen mussten die Milizen auch den Südwesten des Landes aufgeben. Die militärische Überlegenheit der Regierungstruppen ist erdrückend. Vieles spricht dafür, dass das Regime in Damaskus in absehbarer Zeit nahezu alle Regionen, bis auf Teile der Kurdengebiete an der türkischen Grenze, kontrollieren wird.

Während die Rebellen und auch deren Familien nach russischer Vermittlung mit Bussen in die noch von Regierungsgegnern gehaltene Region Idlib im Nordwesten des Landes gebracht werden, kehren bereits Binnenflüchtlinge in ihre Heimorte zurück. Die UN sprechen von rund 750.000 Menschen im ersten Halbjahr 2018 – immerhin beinahe so viele wie im gesamten vergangenen Jahr. Oft finden sie völlig zerstörte Siedlungen ohne eine funktionierende Infrastruktur vor. Ausdrücklich warnen die UN jedoch davor, voreilig von einem Abflauen der Flüchtlingskrise zu sprechen. Zudem warnen Syrer, die ins Ausland geflohen sind, noch immer nur in ganz seltenen Fällen den Weg zurück in ihre Heimat. Die UN-Flüchtlingshilfe UNHCR spricht von lediglich 13.000 Rückkehrern in den letzten sechs Monaten. Eine verschwindend geringe Zahl angesichts von fast zwölf Millionen Syrern, die sich auf der Flucht befinden. Gut 5,5 Millionen davon halten sich im Ausland auf, sechs Millionen sind innerhalb des Landes auf der Suche nach Schutz vor Krieg, Gewalt und Hunger.

Und dennoch: Der Umstand, dass in immer mehr Regionen Syriens die Waffen schweigen, hat dazu geführt, dass unter den Syrern im Ausland, aber auch unter den Kriegsparteien darüber nachgedacht wird, wie eine Zukunft des verwüsteten Landes aussehen könnte. Insbesondere im Westen wird die Frage diskutiert, ob Verhandlungen mit As-



Wird dieses kleine Mädchen, das in diesen Tagen aus dem Libanon mit seiner Familie in ihren Heimatort zurückkehrte, in Syrien eine friedliche Zukunft haben? Foto: afp

sad von vorneherein ausgeschlossen werden sollen. Für viele ist der Machthaber nicht nur der Hauptschuldige am Ausbruch des Krieges, sondern auch ein Massenmörder, der für Kriegsverbrechen – darunter Giftgas-Angriffe gegen die eigene Bevölkerung – verantwortlich ist. Andere verweisen darauf, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit von allen am Konflikt beteiligten Mächten und Gruppierungen begangen worden sind.

Auch der assyrische Christ Issa

zen eine deutlich größere Unabhängigkeit von Damaskus zusichert.

Assad dürfte sich darüber im Klaren sein, dass er sich ohne das aktive militärische Eingreifen Russlands zu seinen Gunsten ab dem Jahr 2015 kaum hätte an der Macht halten können. Genauso klar ist, dass Russland finanziell weder willens noch in der Lage ist, die Herkules-Aufgabe eines Wiederaufbaus Syriens zu leisten. Die Konsequenz: Moskau sucht Partner. Russische Medien vermeldeten, dass es bei dem Gipfeltreffen von Präsident Wladimir Putin mit seinem US-Amtskollegen Donald Trump auch um einen Aktionsplan ging, gemeinsam die Rückkehr syrischer Flüchtlinge aus dem Ausland zu organisieren. Das wäre ein Anfang.

Doch die Risiken, dass der Frieden doch wieder in weite Ferne rückt, sind erheblich. Da ist die drohende militärische Eskalation zwischen Syrien und Israel unweit der

**„Christliche Dörfer wurden von kurdischen Milizen besetzt, Privateigentum konfisziert.“**

Issa Hanna

Golan-Höhen oder die destruktive Rolle, die der Iran, aber auch die Türkei in dem Konflikt spielen.

Issa Hanna ist zunehmend alarmiert über die angespannte Situation in den kurdisch kontrollierten Regionen im Nordosten des Landes, der Heimat seiner Familie. In Qamischli und Hasaka an der türkischen Grenze leben noch immer viele Christen. „Die Assyrer werden dort zum Teil systematisch von den Kurden unterdrückt. Christliche Dörfer wurden von kurdischen Milizen besetzt, Privateigentum konfisziert.“

Viele Gespräche unter Syrern in Deutschland drehen sich um die Frage, ob eine Rückkehr in absehbarer Zeit möglich und sinnvoll sein könnte. Issa Hanna hat hunderte solcher Gespräche geführt. Sein Fazit: „Viele wollen zurück. Sie lieben ihr Land, hatten dort Geschäfte und Grundstücke. Doch je länger es dauert, bis es dort wieder Sicherheit und Stabilität gibt, desto weniger Syrer werden am Ende tatsächlich in die Heimat zurückkehren.“

## Sie betet noch immer für Mugabe

**Porträt** Eine Ordensfrau aus Bayern schlägt es nach Simbabwe. Sie erlebt, wie aus einem Hoffnungsträger ein grausamer Diktator wird. Und doch wird das Land für sie zur Heimat

VON PHILIPP HEDEMANN

**Harare** Am Montag bestimmen die Menschen in Simbabwe ein neues Parlament und ihren Präsidenten. Es ist die erste Wahl seit dem Ende der jahrzehntelangen Diktatur von Robert Mugabe. Doch der Geist des greisen Despoten ist noch immer allgegenwärtig. Auch in einem Dominikanerkloster, das eine Nonne aus Bayern leitet. „Er war einmal ein guter Katholik. Wahrscheinlich war es die Macht, die ihn so korrumpiert hat. Er hat vieles vor dem Herrn zu verantworten“, sagt Schwester Ferrera. Der Mann, über den sie spricht, ist der Vater einer ehemaligen Schülerin und war bis vor acht Monaten Präsident des Landes. Die Missionsschwester lernte Mugabe bei Elternabenden oder Feiern im Kloster kennen. Die 78-Jährige lebte schon im heutigen Simbabwe, als der damalige Hoffnungsträger das Land in die Unabhängigkeit führte. Jetzt erlebt sie, wie das von Mugabe ruinierte Land sich neu erfindet.

Nachdem sie zunächst in ihrer Heimatstadt Regensburg als Sekretärin bei der Kriminalpolizei gearbeitet hatte, entschloss sich die damals 20-jährige Thea Maria Weinzierl, ins Kloster zu gehen und den Namen Ferrera anzunehmen. 1962

schickte ihr Orden sie nach Südrhodesien, das heutige Simbabwe. In der britischen Kolonie führte eine kleine weiße Oberschicht ein privilegiertes Leben, während der Großteil der einheimischen Bevölkerung in Armut lebte. Seit Mitte der 60er führten schwarze Unabhängigkeitskämpfer – unter ihnen Robert Mugabe – einen Guerillakrieg gegen die weiße Minderheitsregierung.

Die junge Schwester aus Bayern geriet in die Kriegswirren. Als Kämpfer 1977 eine Missionsstation der Dominikanerinnen angriffen, suchten die Angreifer die weißen Schwestern und hellhäutigen Jesuiten raus und schossen sie mit ihren Kalaschnikows nieder. „Auf einer anderen Missionsstation wurde eine unserer Schwestern mit einem großen Prügel erschlagen“, erinnert sich Schwester Ferrera, während sie Schwarz-Weiß-Fotos anschaut. Sie weiß, dass auch sie damals hätte getötet werden können. Trotzdem dachte sie nie daran, das Bürgerkriegsland zu verlassen. „Meine Schwestern aus Simbabwe und die uns anvertrauten Schülerinnen und Kranken konnten ja auch nicht einfach davonlaufen und ich wollte sie nicht im Stich lassen.“

Während des Unabhängigkeitskrieges kümmerte sich Schwester Ferrera um Kinder, die ihre Eltern

verloren oder von ihren nach Vergewaltigungen schwanger gewordenen Müttern ausgesetzt worden waren. Eines dieser Babys grub sie 1980 aus einem Laubhaufen aus. „Die Ameisen hatten das zum Sterben ausgesetzte Mädchen schon so sehr zerbeissen, dass es am ganzen Kopf blutete“, erzählt die Schwester. Sie gab dem Kind den Namen Tariro. In Shona, der wichtigsten Sprache Simbawes, heißt das „Hoffnung“. Fast 38 Jahre nachdem sie Tariro das erste Mal in Händen hielt, zeigt Schwester Ferrera das Foto einer hübschen Frau. Aus dem halb toten

Baby ist die glückliche Mutter von vier Kindern geworden. Oft kommt sie ihre Retterin besuchen.

Die ersten Jahre nach dem Unabhängigkeitskrieg hat die Missionarin aus Bayern in guter Erinnerung. Mugabe wurde als Hoffnungsträger gefeiert, mit dem jungen Simbabwe ging es bergauf, und die Klosterschule der Dominikanerinnen hatte eine berühmte Schülerin – die einzige Tochter Mugabes. Der Ordensfrau fällt es immer noch schwer, zu begreifen, dass der fürsorgliche Vater ihrer ehemaligen Schülerin und der brutale Diktator ein und dieselbe Person sind. Dass es im November zum unblutigen Putsch gegen den greisen Diktator kam, erlebte sie als große Erleichterung. Doch jetzt, acht Monate nach dem Ende der über 37 Jahre währenden Herrschaft Mugabes, ist vielen Simbawern die Feierlaune vergangen. Viele Arbeitslose klagen, dass die neue Regierung bislang kaum neue Jobs geschaffen hat und die Lebensmittelpreise stark angestiegen sind.

Schwester Ferrera steht jeden Tag um 4.30 Uhr auf, um dafür zu beten, dass ihr Herr Simbabwe auf dem Weg in eine gute Zukunft begleitet. Dann schließt sie auch den ehemaligen Diktator in ihre Gebete mit ein. „Schließlich haben wir alle die Barmherzigkeit Gottes nötig.“



Schwester Ferrera ist Oberin eines Dominikanerinnenklosters. Foto: Hedemann

## Extremisten auf dem Vormarsch

Von „Reichsbürgern“ bis Dschihadisten

**Berlin** Mehr Salafisten, „Reichsbürger“ und linke Gewalttaten: In vielen Bereichen des Extremismus registrieren die Verfassungsschützer dem Jahresbericht 2017 zufolge einen Zuwachs. Dramatisch sind die Zuwächse zumeist aber nicht.

● **Islamismus:** Die salafistische Szene wuchs zwischen 2016 und 2017 von 9700 auf 10800 Mitglieder an. Im Jahr 2012 hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz erst 4500 Salafisten in Deutschland registriert. Und auch wenn die Verfassungsschützer im vergangenen Jahr nur einen Anschlag registrierten – die Messerattacke in einem Hamburger Supermarkt – sehen sie keinen Grund zur Entwarnung. Denn innerhalb der islamistischen Szene zeichne sich wie auch schon 2016 eine „Kräfteverschiebung in den gewaltorientierten und dschihadistischen Bereich ab“, heißt es im Bericht. Es bestehe weiterhin eine hohe Anschlaggefahr.

● **Rechtsextremismus:** Hier weist der Jahresbericht einen leichten Anstieg aus: Nach Abzug von Mehrparteiengliedern gab es 2016 in entsprechenden Gruppen 23.100 Anhänger, im vergangenen Jahr waren es 24.000. Jeweils etwas mehr als die Hälfte davon gilt als gewaltorientiert: Hier stieg die Zahl von 12.100 auf 12.700. Die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten ist 2017 gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken, und zwar von 1600 auf 1054. Verstärkt hat sich nach den Erkenntnissen der Verfassungsschützer der Zulauf zu rechten Musikveranstaltungen: War das Jahr 2016 noch von vielen kleinen Konzerten und geringen Teilnehmerzahlen gekennzeichnet, wurden 2017 vierstelliger Besucherzahlen registriert.

● **„Reichsbürger“:** Die zersplitterte Szene, die die Bundesrepublik und ihre Institutionen nicht anerkennt, ist innerhalb eines Jahres um mehr als die Hälfte angewachsen: Hatte sie 2016 noch 10.000 von den Behörden erkannte Anhänger, waren es im Folgejahr 16.500, davon 900 Rechtsextreme. Die Zahl steigt offenbar noch: Ende April war von 18.000 Anhängern der Szene die Rede, neben der zu den sogenannten „Reichsbürgern“ auch die „Selbstverwalter“ gehören. Für viele von ihnen besteht das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fort. Und sie haben eine große Affinität zu Waffen: Im Jahr 2017 verfügten rund 1100 „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ über waffenrechtliche Erlaubnisse, sie stellten somit eine Risikogruppe in der Szene dar.

● **Linksextremismus:** Die Szene wächst langsam: Zählten die Behörden 2016 noch 28.500 Anhänger, waren es im vergangenen Jahr 29.500. Gewaltorientiert waren demnach 2016 etwa 8500 Linksextremisten, ein Jahr später waren es 9000. 2017 wurden insgesamt 1648 Gewalttaten registriert, was einem Anstieg um rund 37 Prozent gegenüber 2016 entspricht. Das Plus lässt sich maßgeblich auf den G20-Gipfel in Hamburg zurückführen, bei dem es zu schweren Ausschreitungen gekommen war: 1023 der insgesamt 1648 Gewalttaten weisen einen G20-Bezug auf. (afp)



Ein illegaler Reisepass der „Reichsbürger“. Foto: Patrick Seeger, dpa